



Landesärztekammer
Brandenburg
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gesundheitsversorgung in Brandenburg stärken und gemeinsam gestalten

Pressemappe

Inhaltsverzeichnis

1. Presseinformation
2. Forderungen der Zahnärzte, Ärzte, Apotheker
3. Statements
4. Zahlen, Daten, Fakten

QR-Code zum Abruf der elektronischen Pressemappe



PRESSEINFORMATION

16.09.2024

Gesundheitsversorgung in Gefahr: Zahnärzte, Ärzte und Apotheker nehmen Landespolitik in die Pflicht

Die Brandenburger Zahnärzte, Ärzte, Psychotherapeuten und Apotheker schlagen Alarm: Sie fordern von der zukünftigen Landesregierung konsequente Maßnahmen, um die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu sichern. Sowohl der ambulante als auch der stationäre Bereich müssen im Sinne der Daseinsvorsorge gestärkt und zukunftsfähig gemacht werden.

Die aktuellen Bundesgesetze gehen an den eigentlichen Problemen vorbei. Statt die stationäre Versorgung zu stabilisieren, gefährden sie die flächendeckende Gesundheitsversorgung in Brandenburg. Die geplante Apothekenreform bedroht die zuverlässige Arzneimittelversorgung massiv. Die neue Landesregierung muss dringend gegensteuern, sonst droht eine drastische Verschlechterung der Versorgungslage.

Der Fachkräftemangel, kombiniert mit überbordender Bürokratie, stellt eine ernste Gefahr für die Versorgung dar. Bürokratische Hürden rauben wertvolle Zeit und Ressourcen, die dringend in die Patientenversorgung investiert werden müssen. Um den Nachwuchs zu sichern, braucht es außerdem staatliche Studienangebote in Brandenburg, insbesondere für Zahnmedizin und Pharmazie.

Zahnärzte, Ärzte und Apotheker fordern eine stärkere Einbindung in politische Entscheidungen, inklusive Mitspracherecht. Nur durch die aktive Beteiligung der Fachleute aus dem Gesundheitswesen kann die Versorgung in Brandenburg zukunftssicher gestaltet werden.

Statements

„Wir haben in den vergangenen Monaten bei zahlreichen Gesprächen mit Politikern und kommunalen Verwaltungen erfahren, dass es überall diesen Wahnsinn der Bürokratie gibt. Es ist Zeit für die neue Landesregierung, aus der Floskel ‚Bürokratieabbau‘ tatsächlich Maßnahmen zu entwickeln und schnellstmöglich umzusetzen. Lassen Sie uns unsere Arbeit tun: Nämlich für Patienten da zu sein und ihnen zu helfen!“

Dipl.-Stom. Jürgen Herbert, Präsident der Landes Zahnärztekammer Brandenburg

„Die Landesregierung muss sich gegenüber dem Bund für auskömmliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Apotheken vor Ort einsetzen, damit der Rückgang der Apothekenzahlen gestoppt wird, die noch vorhandenen Apotheken stabilisiert werden und damit die besonderen Leistungen der Apotheken im Bereich der Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten in allen Regionen des Landes Brandenburg erhalten bleiben. Dazu gehört auch, dass sich das Land Brandenburg für den Erhalt von Apotheken vor Ort mit Apothekerinnen und Apothekern sowie für den Erhalt der Freiberuflichkeit einsetzt.“

Andrea König, Amtierende Vorsitzende Apothekerverband Brandenburg e. V.

„Die Auswirkungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes auf die ärztliche Weiterbildung und Ausbildung von medizinischem Personal sind besonders in einem Flächenland wie Brandenburg erheblich. Auch während der geplanten Umstrukturierungen muss die ärztliche Weiterbildung in hoher Qualität in allen Häusern erhalten werden, um diese attraktiv für die Nachwuchsgewinnung zu halten. Weiterhin fordern wir eine funktionierende Digitalisierung, die Steuerung von Patientenströmen, mehr Präventionsangebote, eine konsequente Entbürokratisierung, den Schutz vor dauerhafter Überlastung sowie eine dauerhaft starke Selbstverwaltung.“

Frank-Ullrich Schulz, Präsident der Landesärztekammer Brandenburg

„Nachwuchsmangel und zunehmende staatliche Einflussnahme gefährden in naher Zukunft die zahnmedizinische Versorgung von bis zu 600.000 Menschen im Land Brandenburg. Im Interesse unserer Patienten brauchen wir endlich auch öffentliche Studienmöglichkeiten für Zahnmedizin im Land Brandenburg, außerdem darf die Leistungsfähigkeit unserer freiberuflichen Niederlassungen nicht weiter geschwächt werden. Nur eine starke Selbstverwaltung und entsprechende Rahmenbedingungen ermöglichen die zuverlässige Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt, unabhängig vom sozialen Status.“

Dr. Eberhard Steglich, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Land Brandenburg

„Die ambulant tätigen Kolleginnen und Kollegen sind die stärkste Säule der medizinischen Versorgung im Land. Damit das so bleibt, muss die neue Landesregierung klar Flagge zeigen und uns gezielt unterstützen. Denn Gesundheit ist kein Luxus, sondern Lebensgrundlage! Wir brauchen Finanzmittel für die ärztliche Weiterbildung, um heute die Landärztinnen und -ärzte von morgen auszubilden. Und damit die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Kliniken und Praxen zukunftssicher klappt, müssen die ambulanten Strukturen ausgebaut werden – mit der dazu notwendigen zusätzlichen Finanzierung. Hierzu bedarf es einer guten Zusammenarbeit und Unterstützung seitens des Landes.“

Catrin Steiniger, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg

„Die Krankenhäuser im Land Brandenburg werden zurecht als der Anker der gesundheitlichen Versorgung im Land Brandenburg bezeichnet. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass auch die zukünftige Landesregierung den eingeschlagenen Weg der Erhöhung der Investitionsmittel auf die dringend notwendigen rund 200 Mio. Euro im Jahr verstetigt, sich bei der Gewinnung von Fachkräften noch stärker gemeinsam mit uns Trägern engagiert und sich auf Bundesebene (weiterhin) dafür einsetzt, dass die Planungskompetenz und Gestaltungsmöglichkeiten hier vor Ort im Land Brandenburg verbleiben und nicht nach Berlin verlagert werden. Nur so kann es gelingen, die Standorte in einer bereits ausgedünnten stationären Versorgung zu sichern und – wo notwendig – zu transformieren.“

Dr. Detlef Troppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausesellschaft Brandenburg e. V.

*„Apotheker*innen und Arzneimittel sind untrennbar miteinander verbunden. Als Arzneimittel-Fachleute sind Apotheker*innen sowohl in der öffentlichen als auch Krankenhausapothek immer auf den Patienten fokussiert, ohne die wirtschaftliche Verantwortung aus den Augen zu verlieren. Sie erbringen Medikationsanalysen zur Steigerung der Arzneimitteltherapiesicherheit, davon profitieren Patient*innen und nicht zuletzt auch die Kostenträger.“*

Katrin Wolbring, 2. Vizepräsidentin der Landesapothekerkammer Brandenburg

Forderungen an die Landespolitik

Forderungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung

Sicherung einer leistungsfähigen stationären Versorgung

- Umsetzung der Krankenhausreform mit Augenmaß: Gewährleistung der stationären Versorgung in der Fläche sowie Berücksichtigung der Sonderstellung der Flächenländer

Sicherung einer leistungsfähigen ambulanten Versorgung

- Förderung der Ärzteschaft in der Fläche, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen
- Investitionen in moderne Praxisstrukturen und Telemedizin, um die Attraktivität der ambulanten Medizin zu erhöhen
- Budgetierung der fachärztlichen Vergütung im niedergelassenen Bereich abschaffen
- Attraktivität des Arztberufes steigern, um junge Ärztinnen und Ärzte zur Niederlassung in Brandenburg zu motivieren, z. B. durch Studienprogramme
- Unterstützung bei Praxisgründung und -übernahme, um bürokratische Hürden zu senken

Nachwuchsförderung ausbauen, Weiterbildung stärken

- Geeignete und rechtssichere finanzielle Basis bei der Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin
- Ärztliche Weiterbildung sektorenverbindend ermöglichen und im Rahmen der Daseinsvorsorge finanzieren
- Förderung der ärztlichen Aus- und Weiterbildung und von Weiterbildungsnetzwerken durch das Land
- Inhaltliche Ausgestaltung der Weiterbildung muss Aufgabe der ärztlichen Selbstverwaltung sein und bleiben
- Ärztliche Selbstverwaltung muss stark bleiben

Stärkung der MFA

- MFA sowohl für die Ausbildung als auch den Beruf werben – für Praxen und Krankenhäuser

Forderungen der Apotheker

Studiengang Pharmazie in Brandenburg

- Brandenburg noch immer einziges Flächenland Deutschlands ohne Ausbildungsmöglichkeit für Apothekerinnen und Apotheker
- Studienangebote benachbarter Bundesländer decken nicht einmal Bedarf an Apotheker des jeweils eigenen Bundeslandes.

- in Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit Apothekerberuf in Brandenburg bereits mehrfach in Folge als Engpassberuf eingestuft
- Mangel an Apotheker lässt flächendeckendes Netz an Apotheken schrumpfen, zieht Einschränkungen in der Versorgung nach sich

Sicherung, Erweiterung und Vergütung der PTA-Ausbildung

- auch Pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten (PTA) in Brandenburg als Mangelberuf in Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit benannt
- Sicherung der PTA-Ausbildung durch stetige Finanzierung der PTA-Schule in Form eines festen Haushaltstitels für Finanzierung der Ausbildung durch den Landtag sowie Erweiterung der Ausbildungsplätze nötig
- alle Investitionen der PTA-Schule (Anschaffung von Waagen, Wasserbädern und anderen Ausrüstungsgegenständen) erfolgen bisher aus Spenden
- Erhöhung der Attraktivität der PTA-Ausbildung durch angemessene Vergütung für PTA-Schülerinnen und -Schüler nötig – einziger Gesundheitsberuf, der (während der zweijährigen, ausschließlich schulischen Ausbildung) keine Ausbildungsvergütung erhält; PTA-Schüler, müssen sogar Eigenanteil für ihre Ausbildung zahlen

Gesetzliche Fixierung von Stationsapothekern im Krankenhaus

- im Krankenhaus stellt die Arzneimitteltherapie das häufigste eingesetzte Therapieverfahren dar
- Krankenhausapotheken sollen im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) in den Katalog der Mindestanforderungen an die Qualität der Krankenhausbehandlung als Qualitätskriterium für bestimmte Leistungsgruppen aufgenommen werden
- Stationsapotheker im Behandlungsteam vermeiden zusätzliche Behandlungskosten
- Krankenhausapotheker erbringen an den Sektorengrenzen pharmazeutische Dienstleistungen (Medikationsanalysen) zur Steigerung der Arzneimitteltherapiesicherheit, davon profitieren Patientinnen und Patienten und nicht zuletzt auch die Kostenträger

Runder Tisch „Gesundheit in Brandenburg“

- gesundheitliche Versorgung in ländlichen Gemeinden muss stärker berücksichtigt werden, da Schließungen von Arzt-/Zahnarztpraxen und Apotheken immer mehr zunehmen
- so, wie „Apotheken ohne Apotheker“ Verzicht auf pharmazeutische Expertise und Gefährdung der Patientengesundheit bedeuten, gilt das ebenso, wenn man auf das Wissen der Selbstverwaltungskörperschaften der Berufsträger und die Zusammenarbeit mit den Kommunen verzichtet
- Einbringen im Bundesrat
- Einbeziehung in das Landesgremium nach § 90a SGB V bisher vom Land abgelehnt, da einstimmige Ergebnisse erzielt werden sollten → Überdenken der Position im Sinne der Demokratie und Patientenversorgung
- keine Schaffung von Parallelstrukturen, die unzureichend mit lokalen Akteuren abgestimmt werden
- Runder Tisch „Gesundheit in Brandenburg“ soll Ideen sammeln, Erfahrungen austauschen und interdisziplinäre Zusammenarbeit stärken

Sicherstellung der Arzneimittelversorgung

- Stärkung pharmazeutischer Unternehmen und der Apotheken vor Ort
- zentrale Erfassung von Lieferengpässen und transparente Kommunikation
- mehr Entscheidungsfreiheit der Apotheken beim Austausch nicht verfügbarer Medikamente
- keine Retaxationen (Zahlungsverweigerungen) bei Abgabe verfügbarer Alternativen
- angemessener finanzieller Ausgleich für das Management von Engpässen
- Produktion von Arzneimittelwirkstoffen vermehrt in Deutschland und Europa
- Abwanderung von Produktionskapazitäten entgegenwirken
- Kompetenz der Apotheken für die Herstellung von Arzneimitteln nutzen
- Verpflichtung der Krankenkassen, Rabattverträge mit mehreren Herstellern schließen zu müssen

Bürokratie bindet nicht vorhandene personelle Ressourcen

- Vorschriften für die Kennzeichnung von Rezepturen auf den Stand von vor Inkrafttreten des GSAV zurückführen
- Prüfung von Fertigarzneimitteln und Primärpackmitteln
- Identitätsprüfung von Ausgangsstoffen mit GMP-Zertifikat
- Retaxationen aufgrund von Formfehlern
- lange Genehmigungsverfahren für die Abgabe von Hilfsmitteln, ohne Genehmigung unter 250 EUR

Forderungen der Landeszahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung

Sicherung einer leistungsfähigen ambulanten Versorgung

- Erhalt des ambulanten Systems freiberuflicher Praxisniederlassungen für die zuverlässige zahnmedizinische Versorgung im Flächenland Brandenburg
- Sicherung einer starken Selbstverwaltung / weniger staatliche Einflussnahme
- Nachwuchsförderung statt Mangelverwaltung: Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Praxisgründer und -nachfolger / keine einseitige Fokussierung auf Gesundheitszentren (MVZ, „Polikliniken“)

Nachwuchsförderung dringend ausbauen

- Schaffung öffentlicher Studiengänge für Zahnmedizin im Land Brandenburg in Cottbus
- Erweiterung des Landärztestipendiums auf die Zahnmedizin durch das Land Brandenburg
- Zusätzlich Auflage eines Kreditprogrammes durch das Land für das Zahnmedizinstudium mit der Maßgabe, nach der Ausbildung mindestens 20 bis 25 Jahre im Land Brandenburg zu arbeiten und dadurch den Kredit zu tilgen
- Förderung von Landzahnarztpraxen in schlecht versorgten Gebieten
- Erhalt der Oberstufenzentren für eine qualitäts- und quantitätsgerechte Ausbildung der Praxismitarbeiter

Bürokratieabbau = Zeit für Patienten

- dringende Reduzierung des Bürokratieaufwandes, da momentan bei allen Angehörigen der Heilberufe mindestens rund 10 h in der Woche dafür einzuplanen sind und Sprechzeiten reduziert werden müssen → diese Zeit fehlt für die Patienten

Digitalisierung: Potenzial für effiziente Praxisprozesse und Patientenservice nutzen

- Abschaffung bestehender Sanktionsmechanismen
- keine Zwangsumsetzung unausgereifter Anwendungen
- durchdachte Gesamtlösungen als Qualitätsstandard

Forderungen der Landeskrankenhausesgesellschaft

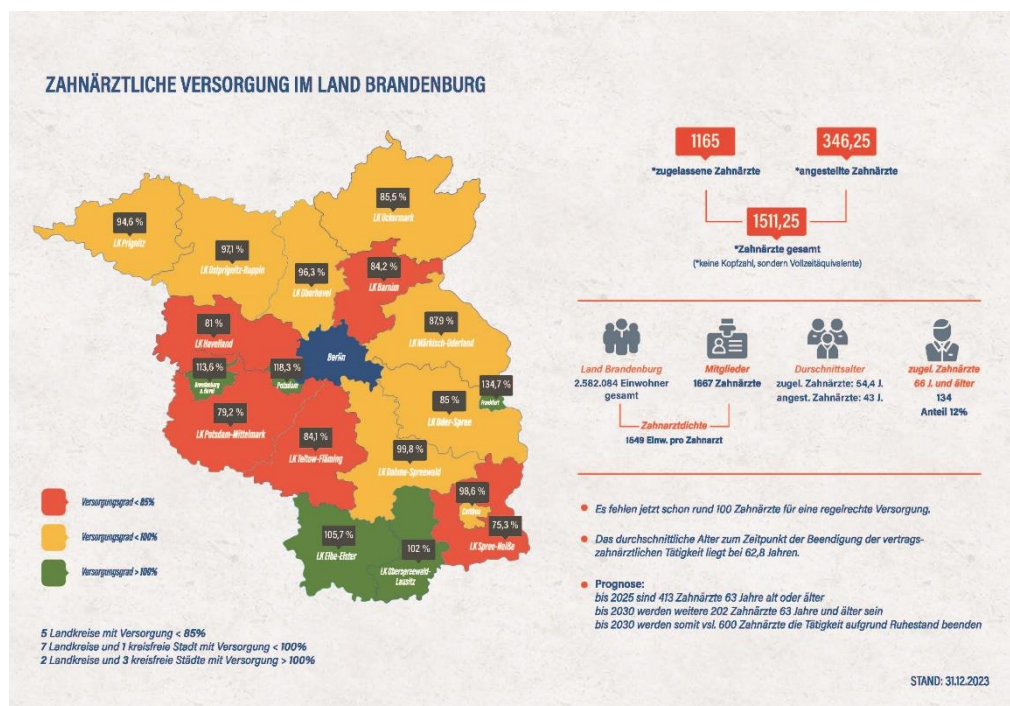
Sicherung einer starken stationären Versorgung – flächendeckend

- **Verstetigung der notwendigen Investitionsmittel**
200 Mio. Euro pro Jahr sind nachgewiesen notwendig für den Substanzerhalt der stationären Versorgung im Land. Dies ist in den letzten zwei Jahren erfolgt und muss nun im Haushalt verstetigt werden.
- **Zusätzliche Bereitstellung der Ko-Finanzierung des (zukünftigen) Transformationsfonds**
Sofern der Transformationsfonds kommt – und er ist dringend notwendig für die finanzielle Absicherung des anstehenden Transformationsprozesses – muss die Ko-Finanzierung zusätzlich abgesichert werden.
- **Absicherung der Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen**
Ohne Fachkräfte keine Versorgung. Die Ausbildungsschulen müssen auskömmlich (investiv) abgesichert werden: durch Erhöhung der Pauschalen pro Platz auf kostendeckende 1.000 Euro. Und: Ohne Krankenhäuser keine Ausbildungsmöglichkeit in der Praxis.
- **Unterstützung beim Prozess der Akquisition von ausländischen Fachkräften (Ärzte und Gesundheitsberufe).**
Entschlackung des bürokratischen Prozesses, organisatorische und finanzielle Unterstützung der Einrichtungen, die sich in diesem schwierigen und kostenintensiven Bereich engagieren – zum Wohle aller im Land Brandenburg.
- **Bürokratieabbau**
Neue Vorschriften nur mit Augenmaß und mit einer Prüfung auf die Bürokratiefolgen für landesrechtliche Regelungen. Über Bundesratsinitiativen auf eine Entschlackung von bundesrechtlichen Regelungen dringen.
- **KHVVG: Brandenburger Interessen vertreten**
Weiterhin massive, wenn notwendig auch konfrontative Positionierung im Rahmen des Prozesses des KHVVG gegenüber dem Bund– insbesondere hinsichtlich des Verbleibs der Planungskompetenz im Land Brandenburg, der Möglichkeiten von Ausnahmen und weitgehenden Kooperationen, der Weiterentwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen für eine ambulant-stationäre Versorgung.

Zahlen, Daten, Fakten

Prognose 2030: 600.000 Patienten im Land Brandenburg ohne Zahnarzt

- Bis 2030 werden rund 40 Prozent der heute aktiven Zahnärzte ihre Tätigkeit beenden.
- Ca. 50 Prozent der Praxen können nicht nachbesetzt werden.
- Für mehr als 600.000 Menschen in Brandenburg sind dann keine zahnärztlichen Behandlungskapazitäten mehr vorhanden.



Keine Versorgung ohne ausländische Ärzte

- Ohne ausländische Ärztinnen und Ärzte wäre eine flächendeckende medizinische Versorgung in Brandenburg nicht mehr möglich: 17,8 Prozent der in Brandenburg tätigen Ärztinnen und Ärzte haben eine ausländische Staatsbürgerschaft.
- Brandenburg zählt zu den Ländern mit der geringsten Vertragsarztdichte bundesweit: auf einen Vertragsarzt kommen 732 Einwohner. Im Bundesdurchschnitt sind es 597 Einwohnern je Vertragsarzt.
- Zum 31.12.2023 gab es landesweit 383 Zulassungsmöglichkeiten. Davon entfielen 323 auf den hausärztlichen Bereich.

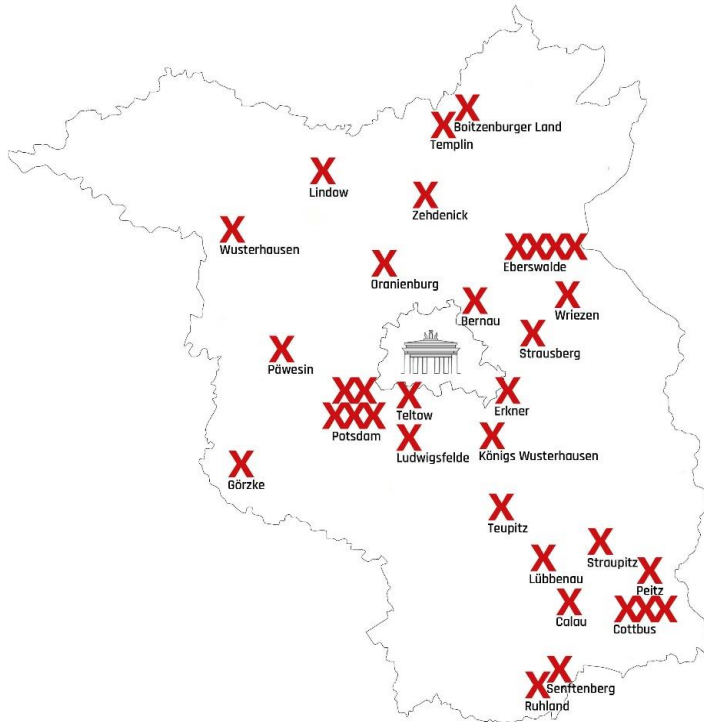
- Die Vertragsärzteschaft wird immer älter. Das Durchschnittsalter in der Vertragsärzteschaft beträgt 54,3 Jahre. Rund ein Drittel der Ärztinnen und Ärzte ist 60 Jahre oder älter. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.
- Im ambulanten Bereich haben über 90 Prozent der Einwohner Brandenburgs mindestens einmal im Jahr Kontakt zu einer ambulanten Praxis.
- Es gibt jeden Tag rund 80.000 Behandlungsfälle im ambulanten Bereich.
- Beim 116117-Patientenservice der KVBB gehen pro Woche bis zu 6.500 Anrufe ein.
- Außerhalb der üblichen Praxissprechzeiten sind landesweit 19 Bereitschaftsdienstpraxen für die Patientinnen und Patienten da. Für telefonische Beratung und im Bedarfsfall notwendige Hausbesuche sind zudem in zwölf Bereitschaftsdienstregionen Einsatzärzte im Dienst.
- Die Praxen sind unverzichtbare Arbeitgeber und stärken die regionale Wirtschaft: Im Jahr 2022 trugen sie rund 1,3 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung bei und beschäftigten rund 22.000 Menschen.

Eckdaten zur stationären Versorgung

- 54 Krankenhäuser mit 66 Standorten sichern die stationäre Versorgung im Land Brandenburg ab.
- Bereits in den 90er Jahren gab es eine Strukturreform, bei der 36 % der Kapazitäten abgebaut wurden.
- Auf der mit den Krankenkassen konsentierten Liste von sog. Sicherstellungskrankenhäuser die unverzichtbar sind von den 121 Standorten 28 im Land Brandenburg. Im großen Nordrhein-Westfalen sind es z.B. nur drei.
- Knapp 30.000 Menschen arbeiten in den Krankenhäusern
- Rund 480.000 stationäre Fälle werden jedes Jahr in oft lebensbedrohlichen Lagen versorgt. Dazu jedes Jahr tausende von ambulanten Fällen.
- Die Krankenhäuser sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den Regionen: als Arbeitgeber, als Auftraggeber für die regionalen Unternehmen.

Bis 2030 werden 100 Apothekenleiter das Rentenalter erreichen

- Analyse der Wirtschaftsförderung Brandenburg aus 2017 belegt, dass bis 2025 etwa 1.100 Apotheker im Land Brandenburg gebraucht werden (Quelle: Analyse des Fachkräftebedarfs im Berufsfeld Apotheker/Apothekerin im Land Brandenburg).
- Von aktuell 532 Apotheken in Brandenburg arbeitet in 126 (24%) der bzw. die Inhaber als einzige approbierte Fachkraft (hat also keine Vertretung bei Krankheit oder Urlaub), von diesen werden bis 2028 19 das Rentenalter erreichen – somit droht weiteren 10 Orten in Brandenburg, die einzige Apotheke am Ort zu verlieren.
- Bis 2030 werden 100 Apothekenleiter das Rentenalter erreichen.
- Pressemitteilung des statistischen Bundesamts vom 12. Juli: Zahl der Menschen, die durchschnittlich von einer Apotheke versorgt werden, ist um fast 25 % (von knapp 3.909 auf 4.819 Einwohner pro Apotheke) gestiegen – wird sich angesichts demografischer Entwicklungen weiter verschärfen.
- 2022 und 2023 verlor Brandenburg jeweils 10 Apotheken, für 2024 sind es bis September schon 11.



In Brandenburg existieren
nur noch

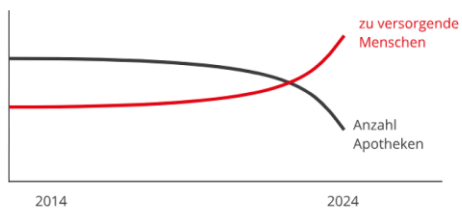
532

Apotheken

Eine Apotheke versorgt jetzt
bis zu

4.852

Menschen





Landeszahnärztekammer
Brandenburg
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Kontakt

Apothekerverband Brandenburg e. V.:

Mathias Braband-Trabandt, stellv. Geschäftsführer, Pressesprecher

Tel. 0331 888 65 23

braband@avb-brb.de

Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg:

Christian Wehry, Leiter Kommunikation / Pressesprecher

Tel. 0331 2309-196

presse@kvbb.de

Kassenzahnärztliche Vereinigung Brandenburg:

Dr. Christian Mattke, Leiter Kommunikation / Pressesprecher

Tel. 0331 2977-474

christian.mattke@kzvlb.de

Landesapothekerkammer Brandenburg:

Ramona Reimann, Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 0331 888 66 22

reimann@lakbb.de

Landesärztekammer Brandenburg:

Kirsten Ohlwein, stellv. Pressesprecherin

Tel. 0331 505605-525

presse@laekb.de

Landeszahnärztekammer Brandenburg:

Jana Zadow-Dorr, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 0355 38148-15 oder 0173/38 93 643

presse@lzkbb.de

Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.:

Michael Jacob, Geschäftsführer

Tel. 0331 27 55 3-10

jacob@lkb-online.de